



INDIEN: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Studierende in Neu-Delhi protestieren gegen Intoleranz und Hindu-Nationalismus, Februar 2016.

UNERWÜNSCHTES ENGAGEMENT

Weltweit setzen sich Menschen für Menschenrechte und Umweltschutz ein, für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung, für Vergangenheitsbewältigung oder Kultur. Ihr Ziel ist es, die Welt ein bisschen besser und gerechter zu machen. Doch dieses Engagement wird nicht überall positiv gesehen.

In vielen Ländern schränken Regierungen die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) immer stärker ein und drangsalieren Personen, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Sicherheitsgesetze beschneiden die Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Gesetze zu Vereinigungen erschweren die Gründung von NGOs oder stellen sie vor hohe bürokratische Hürden, die insbesondere kleine Organisationen kaum überwinden können. Viele dieser Gesetze begrenzen zudem die Möglichkeiten von NGOs, Fördergelder aus dem Ausland anzunehmen. Besonders betroffen sind Organisationen, die als regierungskritisch gelten.

Regierungen kriminalisieren Aktivistinnen und Aktivisten auf verschiedene Weise: Wer an einem friedlichen Protest teilnimmt, wird wegen „Aufruhrs“ angeklagt. **Wer seine Meinung äußert, dem wird vorgeworfen, er habe die „nationale Sicherheit gefährdet“.** Wer für seine Menschenrechtsarbeit Unterstützung aus dem Ausland erhält, der wird als „ausländischer Agent“ gebrandmarkt oder der „Steuerhinterziehung“ beschuldigt.

INDIEN: KAUM NOCH HANDLUNGSRÄUME

Indien hat eine sehr lebendige Zivilgesellschaft, die jedoch immer stärker unter Druck gerät. Regierungskritikern wird unterstellt, sie wollten die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sabotieren, handelten aus „antinationalen“ Motiven oder würden gar aus dem Ausland gesteuert. Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger werden als Staatsfeinde beschimpft oder in die Nähe von Terroristen gerückt. Ihre Arbeit wird kriminalisiert, indem haltlose Anklagen gegen sie erhoben werden.

Um die Aktivitäten von NGOs stärker zu kontrollieren oder ganz zu unterbinden, nutzt die indische Regierung ein Gesetz zur Finanzierung von Organisationen („Foreign Contribution Regulation Act“). Es legt fest, dass NGOs registriert sein müssen, wenn sie Fördergelder aus dem Ausland beziehen wollen. Die Zulassung kann für 180 Tage ausgesetzt werden, um eine Organisation zu überprüfen. In dieser Zeit werden die Konten der NGO gesperrt. Dies hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass zahlreiche Organisationen ihre Arbeit einstellen mussten. Anderen wurde die Zulassung dauerhaft entzogen.



Dorfbewohner im indischen Bundesstaat Odisha wehren sich gegen ein Bergbauprojekt, Juni 2008.

SCHIKANEN GEGEN „PEOPLE’S WATCH“

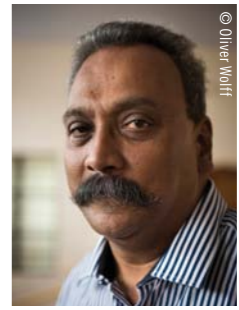
Die Organisation „People’s Watch“ kämpft seit mehr als 20 Jahren für die Menschenrechte in Indien. Sie hat Fälle von Folter und Tötungen durch die Polizei aufgedeckt, bietet Rechtshilfe für Opfer von Menschenrechtsverletzungen und fördert Menschenrechtsbildung an Schulen. 2012 ordnete die indische Regierung eine Finanzprüfung der Organisation an. Obwohl die Behörden keinerlei Verstöße feststellen konnten, wurden die Konten sechs Monate lang eingefroren – drei Mal in Folge. **„People’s Watch“ sah sich deshalb gezwungen, zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen und ein Rehabilitationszentrum für Gewaltopfer zu schließen.**



Zentrale der Menschenrechtsorganisation „People’s Watch“ in Madurai, Indien.

ANWALT DER RECHTLOSEN: HENRI TIPHAGNE

„Die Regierung benutzt das Gesetz, um unbequeme Organisationen zum Schweigen zu bringen“, sagt Henri Tiphagne, der Gründer von „People’s Watch“. Seit seiner Jugend setzt sich der Anwalt für die Menschenrechte ein, vor allem für die der



Henri Tiphagne, der Gründer von „People’s Watch“.

„Unberührbaren“, der Dalits. Doch Henri Tiphagne verteidigt auch die Rechte derjenigen, die sich für die Rechte anderer einsetzen. So vertritt „People’s Watch“ Aktivistinnen und Aktivisten, die wegen haltloser Anklagen vor Gericht stehen. Außerdem hat die Organisation ein Netzwerk für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger ins Leben gerufen: Human Rights Defenders Alert – India.

REPRESSIONEN GEGEN JOURNALISTEN

Auch Journalisten geraten aufgrund ihrer Arbeit ins Visier der Behörden. Der Journalist Santosh Yadav berichtete regelmäßig über Polizeigewalt gegen die indigene Bevölkerung im indischen Bundesstaat Chhattisgarh. Er wurde im September 2015 festgenommen und wegen Teilnahme an Aufständen, krimineller Verschwörung, Mordes und Unterstützung einer terroristischen Gruppe angeklagt. Bislang liegen keinerlei Beweise für diese Anschuldigungen vor.



Journalisten in Hyderabad demonstrieren gegen Übergriffe, März 2011.

WERDEN SIE AKTIV!

Setzen Sie sich für eine unabhängige Zivilgesellschaft in Indien ein und unterzeichnen Sie unsere Online-Petition an den indischen Botschafter! Jetzt mitmachen auf www.amnesty.de/indien

Abonnieren Sie unseren Newsletter und wir informieren Sie regelmäßig über aktuelle Online-Petitionen zu verschiedenen Themen: www.amnesty.de/newsletter

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Männer, Frauen und Kinder geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als sieben Millionen Mitgliedern und Unterstützerinnen und Unterstützern unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. Amnesty erhielt 1977 den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung oder Religion verfolgt werden
- für die Rechte von Flüchtlingen
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täterinnen und Täter

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen:

www.amnesty.de/mitmachen

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben. **Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit.**

AMNESTY INTERNATIONAL

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. · Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de
SPENDENKONTO · DE 233 702050 0000 8090100 · Bank für Sozialwirtschaft · BFS WDE 33XXX

© Amnesty International, Februar 2016, V.i.S.d.P. Anton Landgraf, Art.Nr. 60116
Titelbild: © Judith Affolter

 www.facebook.com/amnestydeutschland  www.twitter.com/amnesty_de



VERTREIBUNG. WILLKÜR. HAFT.

Die Tinte einer einzigen Unterschrift reicht, um grausame Verbrechen anzuordnen.

DEINE UNTERSCHRIFT KANN DIE TÄTER ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN.

Denn es sind gewöhnliche Menschen wie du und ich, die Außergewöhnliches leisten und damit Regierungen daran erinnern, dass sie nicht tun können, was sie wollen.

Seit mehr als 50 Jahren kämpfen wir gemeinsam gegen Unterdrückung und Willkür. Und das werden wir auch in Zukunft tun.

SEI DABEI. MIT DEINER UNTERSCHRIFT. DEINER SPENDE. DEINEM EINSATZ.

www.amnesty.de



**AMNESTY
INTERNATIONAL**

7000/00497

ICH BIN DABEI! BITTE INFORMIERE MICH, WIE ICH MICH MIT AMNESTY INTERNATIONAL FÜR DIE MENSCHENRECHTE EINSETZEN KANN.

NAME, VORNAME _____

STASSE, HAUSNUMMER _____

PLZ, WOHNORT _____

E-MAIL _____

MOBILNUMMER/TELEFON _____

GEBURTSDATUM (FREIWILLIGE ANGABE) _____

DATUM UND UNTERSCHRIFT _____

Mit Ihrer Unterschrift erklären Sie sich einverstanden, über die Arbeit und die Möglichkeiten der Unterstützung von Amnesty International e.V. per Telefon oder E-Mail informiert zu werden. Ihre Daten werden von uns nur zu veranschaulichten Zwecken und gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des BDSG gespeichert und nicht an Dritte weitergegeben. Sie haben das Recht, die Einwilligung zur Speicherung Ihrer Daten jederzeit zu widerrufen.

ANTWORT

Amnesty International
Sektion der Bundesrepublik
Deutschland e. V.
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin

Bitte fernhalten,
falls Marke
zur Hand